



www.MinisterieVanPropaganda.org

WILHELM PIECK

REDEN UND
AUFSATZE

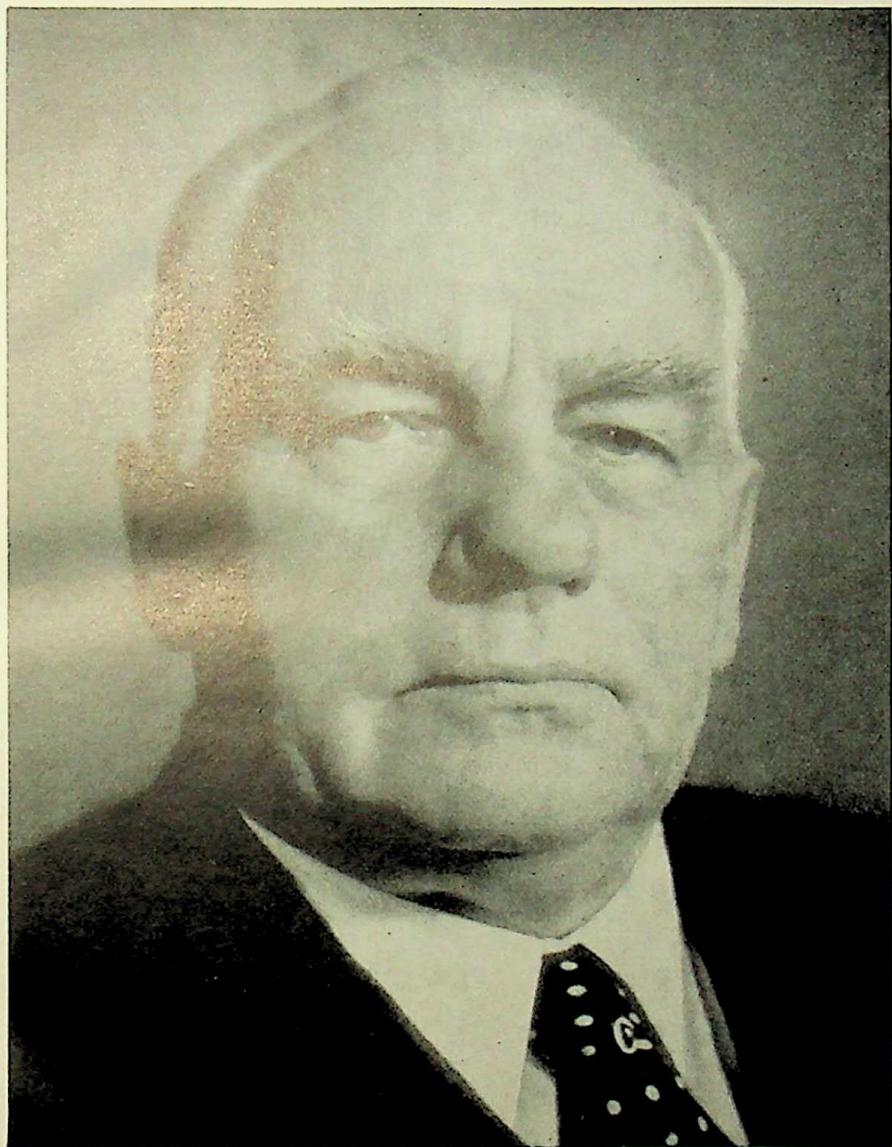
AUSWAHL AUS DEN JAHREN

1908-1950

BAND I



WILHELM PIECK · REDEN UND AUFSÄTZE
BAND I



W. Pieck

WILHELM PIECK

REDEN
UND
AUFsätze

AUSWAHL AUS DEN JAHREN

1908 – 1950

BAND I



DIETZ VERLAG BERLIN

1954

VORBEMERKUNG ZUR 4. AUFLAGE

Auf Beschluß des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands ist aus Anlaß des 78. Geburtstages des Präsidenten der Deutschen Demokratischen Republik in Fortsetzung der ersten beiden Bände der „Reden und Aufsätze“ des Genossen Wilhelm Pieck ein dritter Band erschienen, der eine Auswahl der Reden und Schriften Wilhelm Piecks vom November 1950 bis Oktober 1953 enthält.

Die jetzt in der unveränderten 4. Auflage erscheinenden Bände I und II sind somit als Bestandteil der nunmehr dreibändigen Ausgabe der „Reden und Aufsätze (Auswahl aus den Jahren 1908—1950)“ des Genossen Wilhelm Pieck zu betrachten.

Der Verlag

Mit einem Faksimile und dreizehn Bildbeilagen

4. Auflage · 101.—130. Tausend

Dietz Verlag GmbH, Berlin · 1. Auflage 1950 · Printed in Germany · Alle Rechte vorbehalten · Gestaltung und Typographie: Dietz Entwurf · Papierformat: 61×86 cm
Autorenbogen: 30 · Druckbogen: 36 · Lizenznummer 1

Druck: (III/9/1) Sächsische Zeitung, Verlag und Druckerei, Dresden N 23 2420

VORBEMERKUNG

Die vorliegenden in zwei Bänden zusammengefaßten ausgewählten Reden und Aufsätze Wilhelm Piecks wurden auf Beschluß des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands zum 75. Geburtstag ihres Parteivorsitzenden, des Präsidenten der Deutschen Demokratischen Republik, herausgegeben.

Der I. Band enthält Reden und Schriften aus der Zeit von 1908 bis Mai 1945. Sie beinhalten Probleme der Theorie und Praxis der Sozialdemokratischen und der Kommunistischen Partei, Fragen der Geschichte der Arbeiterbewegung, Probleme der Einheits- und Volksfront und des Kampfes gegen den Hitlerfaschismus. Der zweite Teil des I. Bandes bringt Arbeiten, in denen Wilhelm Pieck das Wirken und die Persönlichkeit führender Männer und Frauen der internationalen und der deutschen Arbeiterbewegung würdigt.

Der II. Band enthält Reden und Aufsätze vom Juni 1945 bis zum November 1950. Dieser Band behandelt Probleme, die vor dem deutschen Volk nach der militärischen Niederschlagung des Hitlerfaschismus standen und heute stehen. Es sind dies die Fragen: Einheit der Arbeiterklasse, die Politik und die Tätigkeit der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, die Propaganda des Marxismus-Leninismus, Kampf um die Erhaltung des Friedens, Kampf um die demokratische Einheit eines unabhängigen Deutschlands, Festigung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung in der Deutschen Demokratischen Republik. Wie im I. Band sehen wir auch hier Wilhelm Pieck als den großen Freund der Sowjetunion und ihrer Führer und als begeisterten Propagandisten der großen Leistungen des sozialistischen Aufbaus und der Friedenspolitik der Sowjetregierung.

Mit der Herausgabe der ausgewählten Reden und Aufsätze wird der erste Versuch unternommen, aus der Vielzahl der in Dutzenden deutschen und ausländischen Zeitungen und Zeit-

schriften, in Protokollen, Jahrbüchern und Broschüren verstreuten Reden und Aufsätze Bücher zusammenzustellen, die ein Bild von der politischen Entwicklung und Tätigkeit Wilhelm Piecks in mehr als vier Jahrzehnten geben und gleichzeitig ein Stück Geschichte der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung vermitteln. Demgegenüber enthält der im Jahre 1948 erschienene Auswahlband, von einer Ausnahme abgesehen, nur Schriften und Reden aus den Jahren 1935 bis 1947.

In seiner mehr als 55jährigen politischen Tätigkeit hat Wilhelm Pieck außerordentlich viele Artikel und Broschüren geschrieben und unzählige Reden im Reichstag, Landtag und Stadtparlament, auf Gewerkschaftskonferenzen, auf Parteitagen und internationalen Kongressen gehalten. Sie alle aufzunehmen hätte bedeutet, den Rahmen des zweibändigen Werkes zu sprengen. Andererseits ist in der Periode des Hitlerfaschismus vieles verlorengegangen und bis heute noch nicht wieder aufgefunden worden. Dadurch erklären sich die Lücken in der Reihenfolge der Reden und Aufsätze. Dabei war die Redaktionskommission bemüht, die Auswahl so zu treffen, daß der Leser dennoch ein Bild von der Tätigkeit und Persönlichkeit des Politikers, Parteiführers und Staatsmannes Wilhelm Pieck erhält.

Alle Reden und Aufsätze sind chronologisch geordnet. Der Wortlaut ist unverändert geblieben. Nur in einzelnen Reden und Schriften machten sich Kürzungen notwendig.

Beide Bände enthalten biographische Daten. Der II. Band bringt außerdem noch eine Liste der Reden und Schriften Wilhelm Piecks, die in den letzten Jahren erschienen und dem Leser in Einzelausgaben zugänglich sind.

Die Redaktionskommission

1908 bis Mai 1945



Krisentheoretisches

*Reden in einer Mitgliederversammlung der SPD
in Bremen am 19. Mai 1908*

Anmerkung der Bremer „Bürger-Zeitung“:

Die am Dienstag stattgehabte Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Vereins beschloß, es solle wörtlich über den Vortrag des Genossen Pieck in der „Bürger-Zeitung“ berichtet werden. Wir glauben, dem Beschluß nun vollauf gerecht zu werden, indem wir in außerordentlicher Ausführlichkeit wie folgt über den Vortrag berichten:

1. ALLGEMEINES

Auf dem Wirtschaftsmarkte machen sich mit allem Nachdruck die Folgen einer Weltkrise bemerkbar. Nach einer überaus flotten Geschäftsperiode in den Jahren 1905/06 erfolgte ein allgemeines Abflauen, das zunächst einige Industrien und Länder ergriff, dann aber immer schneller wachsend heute die untrüglichen Zeichen einer Weltkrise aufweist. In allen kapitalistischen Ländern haben wir eine steigende Zahl geschäftlicher Zusammenbrüche, allgemeine Einschränkungen der Produktion, ja, das Schließen ganzer Betriebe und damit wachsende Arbeitslosigkeit für die Arbeiter zu verzeichnen. Trotzdem wir aller Wahrscheinlichkeit nach den tiefsten Stand des wirtschaftlichen Niedergangs noch nicht erreicht haben, sind doch die Schäden, die den Kapitalisten, wie insbesondere den Arbeitern durch diese Störung zugefügt werden, so enorm, daß sich die Frage nach den Ursachen, nach dem Woher dieser Erscheinung jedem denkenden Menschen mit Notwendigkeit aufdrängt. Dabei ist zu unterscheiden zwischen der Ursache, dem Charakter und dem Umfang der einzelnen Krise und dem Zusammenhang der Krisenursachen, der periodischen Wiederkehr der Krisen. Besonders die Erklärung der letzteren Erscheinung ist die wichtigste, aber auch die schwierigste. Gewiß ist jede einzelne Krise zunächst auch ein Problem, aber man hat doch hinterher die Möglichkeit, rein erfahrungsgemäß festzustellen, welche Ursachen zu der Krise geführt haben. Trotzdem

man nun bereits an neun Weltkrisen und vielen partiellen Krisen hat Erfahrungen sammeln können, so hat man doch nicht verhindern können, daß in gewissen Zeitabständen der Gesellschaftskörper immer wieder durch solche Störungen erschüttert wird.

Das führt aber zu der Schlußfolgerung, daß diese Erscheinungen entweder mit der Art der Produktion verbunden, von ihr selbst erzeugt werden, oder aber ihre Ursachen müßten außerhalb der Gesellschaft zu suchen sein. Das Bürgertum erblickt denn auch in der Tat in den Krisen unabwendbare Naturerscheinungen, wie ihm auch die Gesetze der Warenproduktion als unabänderliche Naturgesetze erscheinen.

Das, was von der bürgerlichen klassischen Ökonomie, von *Smith* und *Ricardo*, zum Verständnis der kapitalistischen Warenproduktion beigetragen wurde, wird heute von den bürgerlichen Gelehrten abgeschworen und verleugnet, weil aus dieser Lehre die wissenschaftliche Forschung zur Sozialdemokratie führt. Nur aus den Gesetzen der kapitalistischen Warenproduktion sind aber auch die Krisen zu erklären. *Karl Marx* war es, der nicht nur diese Gesetze aufdeckte, sondern der auch den inneren Mechanismus des industriellen Zyklus, der Weltkrisen, bloßlegte. Leider war es ihm nicht vergönnt, diesen Kreislauf von Prosperität und Krise zu einer Theorie zu vervollkommen. Aber im „Kapital“ wie in *Engels'* „Anti-Dühring“ ist doch, wenn auch nur in groben Umrissen, der Gang des industriellen Zyklus, der die Krise als Notwendigkeit einschließt, genügend gekennzeichnet. Alle Versuche, auch die von sozialistischer Seite gemachten, diesen Zyklus zu widerlegen, sind bislang immer kläglich mißlungen und haben im Gegenteil noch mehr zu seiner Bestätigung beigetragen.

2. UBERPRODUKTION

Allgemein wird angenommen, daß die Krise aus der Überproduktion entstehe; aber damit ist nur eine Tatsache festgestellt, nicht aber ihre Ursache erklärt. Der Begriff Überproduktion ist nicht ein absoluter, ewig feststehender. Er bekommt einen ganz anderen Sinn in einer kommunistischen Gesellschaft, die für den

Selbstgebrauch, nicht für den Markt produziert. Hier wird Überproduktion Wohlstand und Genuß erzeugen, während in der kapitalistischen Gesellschaft Not und Elend daraus entsteht. Das hat seine Ursache darin, daß die kapitalistische Produktion eine solche von Privatproduzenten ist, die unabhängig voneinander produzieren. Von denen jeder produziert, was er selbst nicht gebraucht, und jene Produkte, die er braucht, nur durch die Vermittlung des Geldes von anderen eintauscht. In den Besitz von Konsumartikeln kommt man also in der Regel nur durch die Vermittlung des Geldes, in dessen Besitz man aber wiederum nur durch den Verkauf der eigenen Produkte oder der Arbeitskraft gelangt. Nun kommt noch hinzu, daß die kapitalistische Produktionsweise eine anarchische, das heißt planlose, ist, in der die Produktion nicht, wie in der kommunistischen Gesellschaft, nach einem gemeinsamen, auf dem Bedürfnis der Gesellschaft aufgebauten Plane betrieben wird, sondern in der jeder Produzent wild drauflosproduziert. Die Folge ist, daß dadurch sehr häufig von den einzelnen Produkten viel zuviel angefertigt wird, die dann unverkauft bleiben und so ihre Besitzer nicht zu Gelde kommen, nicht konsumieren können. Trotz eines Überflusses von Waren tritt Not und Elend ein. Dabei ist aber noch ein anderer, sehr wichtiger Umstand zu beachten. In der für den Selbstgebrauch produzierenden Gesellschaft ist Überproduktion gleichbedeutend mit der Produktion über die gegebene Konsummöglichkeit der Gesellschaft hinaus, in der kapitalistischen Gesellschaft dagegen heißt Überproduktion über den Bedarf des Marktes hinaus produzieren. Dieser umfaßt aber nicht die ganze Gesellschaft, sondern nur die geldbesitzenden Mitglieder. Wer kein Geld hat, scheidet aus dem Leben des Marktes aus, kann nicht teilnehmen am gesellschaftlichen Reichtum, muß hungern und darben. Der Bedarf der geldbesitzenden Konsumenten ist aber ein sehr wandelbarer, er ändert sich mit deren Zahl und Zahlungsfähigkeit; das Verhältnis zwischen Bedarf des Marktes und Produktion wird dadurch ein sehr schwankendes und die Überproduktion ein sehr relativer Begriff, mit dem zur Erklärung der Krisen recht wenig anzufangen ist. Es handelt sich jedoch in meinem Vortrage weniger um die Ursachen der einzelnen Krisen als um deren Zusammenhang, den Kreislauf von Prosperität und Krise.

3. UNTERKONSUMTION DER MASSEN

Die periodischen Krisen entstanden erst, als die kapitalistische Warenproduktion zur herrschenden geworden war. Da sie zugleich mit dem physischen Elend entstanden, das die kapitalistische Großindustrie überall hervorrief, so lag es nahe, die Krisen in Verbindung mit dem Elend zu bringen und diese aus der Unterkonsumtion der Massen zu erklären. Im Proletariat entstand eine Klasse, deren soziale Bedingung es war, mehr zu produzieren, als sie verzehrte, um so anderen Menschen die Möglichkeit zu geben, sich diesen Überschuß anzueignen. Dabei darf man sich unter dem Begriff Unterkonsumtion nicht etwa Unterernährung vorstellen, was ja auch auf große Massen von Arbeitern zutrifft. Selbst eine wachsende Konsumtion der Massen bedeutet immer noch eine Unterkonsumtion, solange die Produktion noch schneller wächst als die Konsumtion. Wie schon *Robert Owen* und *Sismondi* in der Unterkonsumtion der Massen den Grund der Krisen erblickten, so sahen auch *Marx* und *Engels* den letzten Grund darin, aber nicht ihre direkte Ursache, denn die Unterkonsumtion der Massen war schon so alt, als es Ausbeuter und Ausgebeutete gegeben hat, während die periodischen Krisen noch keine hundert Jahre alt sind. In der Naturalwirtschaft, in der nur zu den Zwecken des Konsums produziert wurde, nicht zur Anhäufung von Kapital, wurde die Unterkonsumtion der Massen ausgeglichen durch eine entsprechende luxuriöse Lebensweise der Ausbeuter, alles, was erpreßt war, wurde verzehrt. Anders in der kapitalistischen Warenproduktion, in der für den Markt produziert wird. Hier herrscht die Konkurrenz; nur der siegt, der mit den besten Produktionsmitteln am besten und billigsten Waren herstellt. Dadurch wird aber vermehrter Geldbesitz zur Vorbedingung.

Von jetzt an dürfen die Ausbeuter nicht mehr den ganzen Ertrag der Ausbeutung im persönlichen Konsum verzehren, sondern sie müssen einen immer steigenden Teil in Produktionsmitteln anlegen, sie müssen ihr Kapital vermehren. So führt die kapitalistische Produktionsweise zu einer Einschränkung des persönlichen Konsums der Ausbeuter, ohne daß diese natürlich auch nur auf eine Annehmlichkeit zu verzichten brauchen, denn

andererseits steigt die Produktivität der Arbeit zugleich in riesigem Maße.

Aber die Unterkonsumtion der Massen wird nicht mehr wettgemacht durch den persönlichen Konsum der Ausbeuter. Auch daraus ist die Überproduktion in der heutigen Gesellschaft zu erklären.

4. KOLONIALPOLITIK UND UBERFÜLLUNG DES WELTMARKTES

Trotzdem der Reichtum der Kapitalisten und die Zahl der Arbeiter sich fortgesetzt vermehren, so reicht doch, da die Akkumulation des Kapitals und die Produktivität der Arbeit in noch schnellerem Maße wachsen, der innere Markt nicht aus, um die erzeugten Waren abzusetzen. Die Großindustrie muß sich einen zusätzlichen Markt suchen in Ländern, in denen noch nicht kapitalistisch produziert wird. Unsere ganze Kolonialpolitik ist weiter nichts als das notwendige Ergebnis dieser Entwicklung. Sie wird nicht etwa unternommen, um europäische Kultur zu verbreiten, sondern um den sich immer mehr verengenden Kreislauf von Prosperität und Krise aufzuhalten.

Die Großindustrie erhält aber mit der Zeit die Möglichkeit einer derartig sprunghaften Ausdehnung, daß sich jede Erweiterung des Marktes in kurzem überholt und so schließlich eine Überfüllung des Weltmarktes, die Weltkrise, eintreten muß. Die Folgen dieser Überfüllung faßt treffend *Engels* im „Anti-Dühring“ zusammen:

„Der Verkehr stockt, die Märkte sind überfüllt, die Produkte liegen da, ebenso massenhaft wie unabsetzbar, das bare Geld wird unsichtbar, der Kredit verschwindet, die Fabriken stehen still, die arbeitenden Massen ermangeln der Lebensmittel, weil sie zuviel Lebensmittel produziert haben, Bankrott folgt auf Bankrott, Zwangsverkauf auf Zwangsverkauf. Jahrelang dauert die Stockung, Produktivkräfte wie Produkte werden massenhaft vergeudet und zerstört, bis die aufgehäuften Warenmassen unter größerer oder geringerer Entwertung endlich abfließen, bis Produktion und Austausch allmählich wieder in Gang kommen.“

In langsamem Aufstieg beginnt sich die Industrie wieder zu beleben, die Produktion steigert sich immer mehr, steigert sich in noch größerem Maße als vor der Krise, da inzwischen, um die

Produktionskosten zu verringern, noch bessere Maschinen eingeführt worden sind. Nach Verlauf einer noch kürzeren Periode ist der Markt wieder überfüllt, und die Krise ist notwendigerweise wieder der Faktor, der die Produktion und den Bedarf des Marktes in ein gesundes Verhältnis bringt. So ist die Krise Krankheit und Heilfaktor zugleich. Mit der zunehmenden Produktivität der Arbeit und der immer mehr schwindenden Möglichkeit der Erweiterung des zusätzlichen Marktes müssen aber die Zwischenräume von Krise zu Krise immer geringer werden.

Das wäre in großen Umrissen das von *Marx* und *Engels* aufgestellte Schema der Krisentheorie, als deren letzten Grund wir die wachsende Unterkonsumtion der Massen kennengelernt haben. Die direkten Ursachen sind aber komplizierterer Natur, und ich werde einige davon zugleich mit den Einwänden behandeln, die von Sozialisten gegen das Marxsche Schema erhoben worden sind.

Es kommen hier vor allem Genosse *Eduard Bernstein*, *Conrad Schmidt* und ein russischer Genosse *Tugan-Baranowski* in Frage. *Bernstein* bestritt in einem im Jahre 1899 herausgegebenen Buche „Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie“, daß die Anarchie der kapitalistischen Produktion zunehme, sondern diese im Gegenteil die Tendenz zeige, sich der Entwicklung anzupassen, so daß die Möglichkeit vorhanden sei, den kapitalistischen Staat allmählich über das Genossenschaftsprinzip hinweg in aller Ruhe in den sozialistischen zu verwandeln.

5. DAS WESEN DES REVISIONISMUS

Mit dieser Auffassung steht nun *Bernstein* nicht allein, sondern sie entspricht dem Wesen des Revisionismus in der Partei. Mit dieser Anschauung stellt *Bernstein* nichts weniger als den Sozialismus als historische, objektive Notwendigkeit in Frage. Nach seiner Meinung sollen das Kreditwesen, die Kartelle und die Gewerkschaften dazu beitragen, die Widersprüche der kapitalistischen Welt aufzuheben, sie sollen Anpassungsmittel des Kapitalismus sein. Als Beleg für diese Anschauung führt *Bernstein* das Verschwinden des zehnjährigen Krisenzyklus an und glaubt damit die Unhaltbarkeit der Marxschen Krisen-

theorie bewiesen zu haben. Dieser zehnjährige Krisenzyklus ist aber gar keine Theorie von *Marx*. Vor der Herausgabe des „Kapitals“ waren größere Krisen eingetreten in den Jahren 1815, 1825, 1836, 1847 und 1857. Diese Tatsache stellte *Marx* fest, ohne im geringsten darauf seine Theorie aufzubauen. Weitere Weltkrisen fanden dann in den Jahren 1866, 1873, 1900 statt, und heute nach Verlauf von nur acht Jahren stehen wir schon wieder inmitten einer solchen Krise. Bemerkenswert ist, daß die ersten Krisen meistens aus einer plötzlichen Erweiterung des Weltmarktes entstanden sind. Das klingt nach dem bisher Gesagten paradox, bestätigt aber nur die von *Marx* gekennzeichnete allgemeine Ursache aller Krisen, die wachsende Anarchie der kapitalistischen Produktion. Bei jeder plötzlichen Erweiterung des Marktes winken dem Kapital neue Anlagemöglichkeiten, vermehrter Profit. Eine wahnsinnige Spekulation beginnt, die Produktion wird ins Ungemessene gesteigert, bis plötzlich die Überfüllung zutage tritt, alle Spekulationen zusammenbrechen und so die Krise das natürliche Ende bildet. Solche Krisen können wir als die Jugendkrisen des Kapitalismus bezeichnen, während mit der abnehmenden Möglichkeit der Erweiterung des Weltmarktes die Alterskrisen in Erscheinung treten. Ist erst einmal der Weltmarkt im großen und ganzen ausgebildet, dann beginnt mit der unaufhaltsam fortschreitenden Produktivität der Arbeit der periodische Widerstreit der Produktivkräfte mit den Austauschschranken, der durch seine Wiederholung immer schroffer und stürmischer wird...

6. DIE FUNKTION DES KREDITES

Die Funktion des Kredites in der kapitalistischen Gesellschaft besteht in der Vergrößerung der Ausdehnungsfähigkeit der Produktivkräfte und in der Erleichterung der Vermittlung des Austausches. Da, wo die Tendenz der kapitalistischen Produktion zur grenzenlosen Ausdehnung auf die Schranken des Privateigentums stößt, stellt sich der Kredit als das Mittel ein, diese Schranken zu überwinden, indem viele Privatkapitale zu einem verschmolzen werden und so ein Unternehmer in die Lane versetzt

wird, über fremdes Geld verfügen zu können. Das ist aber zugleich für den Unternehmer ein Ansporn, dieses fremde Geld in kühnster und rücksichtslosester Weise zu verwenden, die waghalsigsten Spekulationen damit zu unternehmen. Dadurch wird aber die Produktion ins Ungeheure gesteigert und beständig über die Schranken des Marktes hinausgetrieben, also der Widerspruch zwischen der unbeschränkten Ausdehnungsfähigkeit der Produktion und der beschränkten Konsumfähigkeit der Massen nicht gemindert, sondern gesteigert. Aber nicht nur der industrielle Kredit, sondern auch der kommerzielle, der Handelskredit, trägt zur Förderung und Verschärfung der Krisen bei. Einmal steigert er auch noch die Produktion, indem er den Austausch der Waren und damit den Rückfluß des Geldes zur Produktion beschleunigt. Wenn aber nur die geringste Stockung der Warenzirkulation sich bemerkbar macht, schrumpft der Kredit sofort zusammen, läßt er den Austausch im Stich, und die Folge ist, daß sich der Rückfluß des Geldes zur Produktion vermindert, die darauf gemachten Spekulationen zusammenbrechen, die Produktion eingeschränkt wird, Tausende von Arbeitern arbeitslos werden, also die Konsumfähigkeit der Massen verringert und damit der schon erwähnte Widerspruch noch mehr gesteigert wird.

7. KARTELLE UND TRUSTE

Auch die Unternehmerverbände, die Kartelle und Truste, wirken nicht der zunehmenden Anarchie der kapitalistischen Produktion entgegen. Es hätte die entgegengesetzte Annahme Bernsteins nur einen Sinn, wenn diese Organisationen zu einer allgemein herrschenden Produktionsform würden, und das ist gerade durch die Natur der Kartelle und Truste ausgeschlossen. Ihr Zweck besteht doch darin, auf die Verteilung der auf dem Warenmarkte erzielten Gesamtprofitmasse einzuwirken, indem sie durch Ausschluß der Konkurrenz innerhalb eines Industriezweiges sich auf Kosten eines anderen Industriezweiges einen größeren Anteil an dieser Profitmasse zu sichern, das heißt ihre Profitrate zu steigern suchen. Dieser Kampf um den größeren Anteil an der Gesamtprofitmasse findet seinen Ausdruck in der



Wilhelm Pieck im Alter von 19 Jahren



Konkurrenz, die damit zugleich die Triebkraft für den technischen Fortschritt wird. Die Unternehmerverbände aber allgemein ausgedehnt, wenn auch nur auf die wichtigsten Produktionszweige, würden nicht nur die Möglichkeit nehmen, sich auf Kosten einer anderen Organisation einen größeren Anteil an der Profitmasse zu sichern, ihren eigentlichen Zweck also aufheben, sondern damit würde auch die Konkurrenz, die Triebkraft des Fortschritts, beseitigt sein. Die Unternehmer würden jedes Interesse an der Produktion verlieren, die Kartelle würden zu einem Hemmschuh der Entwicklung werden. Das tritt schon heute in Erscheinung. Erfindungen zur Verbesserung der Produktion werden nicht ausgenutzt, weil das Kapital, das in den alten Produktionsmitteln steckt, noch nicht völlig auf die geschaffenen Produkte übertragen worden ist; es werden sogar Erfindungen angekauft, nicht um sie zu verwenden, sondern um ihre Ausnutzung durch die Konkurrenz zu verhindern. Nicht der Fortschritt, sondern die Höhe des Profits kommt für die Kapitalisten in Frage, sie sind nur Kulturförderer wider Willen. Nur das Bestreben, ihren Profit zu erhöhen, konkurrenzfähig zu bleiben, veranlaßt sie zur Einführung und Verbesserung von Maschinen, zur Ausdehnung ihrer Betriebe. Wie die Kartelle schon in ihrer heutigen Gestalt für eine Steigerung der industriellen Anarchie wirken, dafür nur einige kurze Ausführungen. Bekanntlich gehen die kapitalistischen Staaten immer mehr dazu über, sich durch Zollschränken voneinander abzuschließen, durch Schutzzölle den inneren Markt abzugrenzen. Dieses Vorgehen hängt eng mit der Entwicklung, die auch zu den Kartellbildungen führt, zusammen. Die Schutzzölle sind nur ein Mittel, die Konkurrenz des Auslandes gegen das Inland zu erschweren, um dadurch den Unternehmern die Möglichkeit zu verschaffen, die Preise ihrer Produkte im Inlande recht hoch zu schrauben, somit ihren Profit auf Kosten der eigenen Nation über die allgemeine Profitrate zu erhöhen. Den übrigen Teil ihres Kapitals, den sie im Inlande nicht verwenden können, lassen sie dann im Auslande zu einer erheblich niedrigeren Profitrate arbeiten. Damit wird aber auch die freie Konkurrenz auf dem Weltmarkte ungemein verschärft, die Anarchie auf dem Weltmarkt nur noch vergrößert, dessen Überfüllung nur noch schneller herbeigeführt. Schließlich sollen an-

geblich die Kartelle die Krisen verhindern, indem sie einer Überfüllung des Marktes dadurch vorbeugen, daß sie die Produktion nach Belieben einschränken können. Wenn das letztere von den Kartellen geschieht, so nur zu dem Zwecke, den fatalen Fall der Profitrate aufzuhalten. Sie versuchen es dadurch, daß sie einen Teil ihres angehäuften Kapitals brachliegen lassen, es nicht in der Produktion anwenden und so durch verringertes Angebot von Waren deren Preise in die Höhe schrauben. Das ist aber weiter nichts, als was auch in jeder Krise in Erscheinung tritt, nur daß bei der Krise eine plötzliche Einschränkung der Betriebe und damit plötzliche, aber vorübergehende allgemeine Arbeitslosigkeit erfolgt, während bei der von den Kartellen geübten Taktik diese Erscheinungen zu chronischen, dauernden, werden, damit aber auch eine noch schneller wachsende Unterkonsumtion der Massen, Vermehrung der Widersprüche der kapitalistischen Produktion eintritt.

8. DIE GEWERKSCHAFTEN

Ein anderes Anpassungsmittel sollen nach *Bernstein* und *Schmidt* die Gewerkschaften bilden, indem sie durch ihren Kampf um soziale Reformen, um Arbeiterschutzgesetze eine wachsende gesellschaftliche Kontrolle über die Produktionsbedingungen ausüben. Ferner durch eine ständige Steigerung der Löhne die Masse des Unternehmergewinnes immer mehr beschneiden, dadurch den Unternehmern das Interesse an der kapitalistischen Produktion nehmen, die Unternehmer schließlich nur noch die Rolle von Verwaltern bekleiden. So wird sich die kapitalistische Produktion ganz allmählich, in aller Ruhe, über den Weg der Genossenschaft in die sozialistische verwandeln.

Die Auffassung, daß die Gewerkschaften durch Er kämpfung höherer Löhne zur Eindämmung der Krisen beitragen, indem die Arbeiter dadurch mehr konsumieren und so die Überfüllung des Marktes verzögern könnten, ist eine irrige. Sie beruht auf der bürgerlichen Auffassung, daß der Konsum eine gegebene Größe sei, an der festgestellt werden kann, ob mehr oder wenig Überproduktion vorhanden sei. Wir haben aber gesehen, daß der Konsum seine Grenze an der Grenze des Marktes findet, das

heißt an der Zahl der zahlungsfähigen Konsumenten; die Produktion aber die Möglichkeit der schrankenlosesten Ausdehnung hat. Aber selbst diese Grenze des Marktes ist eine sehr wandelbare Größe, die in keiner Verbindung mit der Produktion steht. Höhere Löhne der Arbeiter würden wohl zunächst deren Zahlungsfähigkeit und dadurch ihren Konsum erhöhen. Aber wenn die Steigerung der Löhne allgemein erfolgt, der Markt also erweitert würde, so würde das nur für die Unternehmer ein Antrieb zu vermehrter Produktion und der erhöhte Konsum durch eine noch vermehrte, größere Produktion bald ausgeglichen sein. In Wirklichkeit aber liegen die Dinge ganz anders. Meistens steigen die Löhne und der Konsum der Arbeiter gerade dann, wenn sich eine Krise vorbereitet, nämlich in Zeiten der aufsteigenden Konjunktur. Also statt zur Verhinderung der Krisen beizutragen, sind höhere Löhne schon Wirkung einer vorbereitenden Krise. Selbst aber angenommen, es gelänge den Gewerkschaften unter besonders günstigen Umständen, den Lohn auch nur kurze Zeit über den Wert der Arbeitskraft zu erhöhen und dadurch den Unternehmergewinn einzuschränken, dann würde dies für die Kapitalisten ein besonderer Anreiz sein, sich durch Einführung von arbeit sparenden Maschinen aus dieser Zwangslage zu befreien, eine Anzahl der beschäftigten Arbeiter würde brotlos werden, die Reservearmee vergrößert und der Arbeitslohn durch das vermehrte Angebot von Arbeitskräften wieder gesenkt werden. Diese Wirkung könnten die Arbeiter nur bis zu einem gewissen Grade verhindern, wenn sie sich dem technischen Fortschritt, der Einführung neuer Maschinen widersetzen, was in der Tat auch schon geschehen ist und vereinzelt noch geschieht. Es wäre dies aber ein reaktionäres Beginnen, einmal, weil auf die Dauer doch fruchtlos, und dann würde es nur dazu beitragen, den Leidensweg der Arbeiterklasse noch zu verlängern.

Die Gewerkschaften haben den Zweck, die Ware Arbeitskraft zu schützen, dafür zu sorgen, daß sie nicht zu sehr unter ihrem Wert, sondern möglichst zu ihrem vollen Werte bezahlt wird. In der kapitalistischen Welt besteht das unabänderliche Gesetz, daß der Preis einer Ware abhängig ist von ihrem Werte, daß der Preis je nach Angebot und Nachfrage bald über, bald unter dem Werte steht. Bei der Ware Arbeitskraft kommt aber noch in

Betracht, daß sie dauernd unter ihrem Werte bezahlt wird, indem das Angebot von Arbeitskräften ständig die Nachfrage übersteigt; dazu kommt ferner, daß durch die räuberische Schutzzollpolitik die Preise der Lebensmittel noch künstlich in die Höhe geschraubt werden und so die Unterkonsumtion noch vermehrt wird. Die Gewerkschaften können also höchstens das kapitalistische Lohngesetz verwirklichen helfen, nicht aber können sie die Gesetze der kapitalistischen Warenproduktion ausschalten, nicht die Ausbeutung stufenweise aufheben. Die Tätigkeit der Gewerkschaften beschränkt sich in der Hauptsache auf den Lohnkampf, ihre wichtigste Aufgabe besteht in der Verkürzung der Arbeitszeit, um die Lebensdauer des Arbeiters zu verlängern. Die Gewerkschaften haben aber keinen Einfluß auf den Wert der Arbeitskraft, der lediglich von dem Stande der Produktion bedingt wird, der den Produktionskosten derjenigen Summe von Lebensmitteln entspricht, die unter der jeweiligen Kulturstufe zur Erhaltung der Arbeitskraft notwendig ist. Die Gewerkschaften dienen dem Proletariat dazu, die gegebene Konjunktur auszunutzen, sie haben aber keinen Einfluß auf die Konjunktur selbst. Die Gewerkschaften haben weder einen Einfluß auf die durch den Produktionsstand bedingte Nachfrage nach Arbeitskraft, noch haben sie einen Einfluß auf das durch die fortgesetzte Proletarisierung und natürliche Fortpflanzung geschaffene Angebot von Arbeitskraft, ebenso haben sie keinen Einfluß auf die Produktivität der Arbeit. Das sind die Grenzen der Gewerkschaftsbewegung. Daraus darf nun nicht etwa die Bedeutung der Gewerkschaften für die Arbeiterklasse unterschätzt werden. Kein anderer als *Marx* hat mehr die Notwendigkeit des gewerkschaftlichen Kampfes nachgewiesen. Im ersten Bande des „Kapitals“ hat *Marx* einen großen Teil, ja man könnte sagen, den ganzen Band auf diesen Nachweis verwendet. Seine Schilderungen von der grausamen Verwüstung der menschlichen Arbeitskraft durch den aufkommenden Kapitalismus sind das beste Agitationsmaterial für die Gewerkschaften. Eine Unterlassung oder auch nur Vernachlässigung des gewerkschaftlichen Kampfes würde die Arbeiterschaft in das größte physische Elend bringen. Aber dieser Kampf ist nur ein Kampf um den Grad der Ausbeutung, er hebt aber die Ausbeutung nicht auf. In diesem Sinne ist auch einmal

das Wort von der Sisyphusarbeit der Gewerkschaften gefallen gegenüber den Leuten, die die Arbeiterschaft ablenken wollten von dem richtigen Wege ihrer Befreiung. Trotz all unseres gewerkschaftlichen Kampfes heben wir die Ausbeutung nicht auf, diese wird nur durch die Beseitigung der kapitalistischen Wirtschaft aufgehoben. Die Klassengegensätze überbrücken können die Gewerkschaften nicht, wohl aber zu einer wesentlichen Verkürzung des Leidensweges der Arbeiterklasse beitragen, indem sie die Arbeiter zur Erkenntnis ihrer Klassenlage bringen, sie von der Notwendigkeit des Klassenkampfes und der Eroberung der politischen Staatsmacht überzeugen, sie mit den Lehren des Sozialismus vertraut machen. Noch einen Einwand will ich kurz erwähnen, der sich aber weniger gegen das *Marxsche* Schema der Krisentheorie richtet, als gegen den von *Marx* und *Engels* angeführten letzten Grund der Krisen. *Tugan-Baranowski* ist im Gegensatz zu *Bernstein* mit *Marx* der Überzeugung, daß eine wachsende Anarchie der kapitalistischen Produktion vorhanden ist, er bestreitet aber die wachsende Unterkonsumtion der Massen, die *Marx* als den letzten Grund der Krisen bezeichnet. *Tugan-Baranowski* übersieht dabei nur, was ich schon erwähnt habe, daß eben die Produktion noch schneller als die Konsumtion der Massen wächst und infolgedessen der Widerspruch zwischen Produktion und Konsumtion ein immer größerer wird.

Parteigenossen! Ich habe in meinem Vortrage nur einige der Merkmale hervorheben können, die die Ursache der Krisen und ihrer periodischen Wiederkehr bilden, andere wichtige Merkmale mußte ich beiseite lassen, da sie sich nicht in dem Rahmen eines Vortrages unterbringen ließen. Ich hoffe aber trotzdem, daß es mir gelungen ist, Ihnen klarzumachen, daß der sich immer mehr verengende, immer heftiger werdende Krisenzyklus und damit die Verschärfung des Klassenkampfes eine unabwendbare notwendige Begleiterscheinung des Kapitalismus ist, daß sie durch Dinge hervorgerufen werden, die wir nicht beherrschen, daß eine Beseitigung nur zu erreichen ist durch eine Gesellschaft, in der die Produktion organisiert, nach einem gemeinsamen Plane betrieben wird, in der die Produktion durch und für die Gesellschaft stattfindet, im Sozialismus. Die Umwälzung wird sich nicht in ruhiger Entwicklung vollziehen, sondern unter

Betracht, daß sie dauernd unter ihrem Werte bezahlt wird, indem das Angebot von Arbeitskräften ständig die Nachfrage übersteigt; dazu kommt ferner, daß durch die räuberische Schutzzollpolitik die Preise der Lebensmittel noch künstlich in die Höhe geschraubt werden und so die Unterkonsumtion noch vermehrt wird. Die Gewerkschaften können also höchstens das kapitalistische Lohngesetz verwirklichen helfen, nicht aber können sie die Gesetze der kapitalistischen Warenproduktion ausschalten, nicht die Ausbeutung stufenweise aufheben. Die Tätigkeit der Gewerkschaften beschränkt sich in der Hauptsache auf den Lohnkampf, ihre wichtigste Aufgabe besteht in der Verkürzung der Arbeitszeit, um die Lebensdauer des Arbeiters zu verlängern. Die Gewerkschaften haben aber keinen Einfluß auf den Wert der Arbeitskraft, der lediglich von dem Stande der Produktion bedingt wird, der den Produktionskosten derjenigen Summe von Lebensmitteln entspricht, die unter der jeweiligen Kulturstufe zur Erhaltung der Arbeitskraft notwendig ist. Die Gewerkschaften dienen dem Proletariat dazu, die gegebene Konjunktur auszunutzen, sie haben aber keinen Einfluß auf die Konjunktur selbst. Die Gewerkschaften haben weder einen Einfluß auf die durch den Produktionsstand bedingte Nachfrage nach Arbeitskraft, noch haben sie einen Einfluß auf das durch die fortgesetzte Proletarisierung und natürliche Fortpflanzung geschaffene Angebot von Arbeitskraft, ebenso haben sie keinen Einfluß auf die Produktivität der Arbeit. Das sind die Grenzen der Gewerkschaftsbewegung. Daraus darf nun nicht etwa die Bedeutung der Gewerkschaften für die Arbeiterklasse unterschätzt werden. Kein anderer als *Marx* hat mehr die Notwendigkeit des gewerkschaftlichen Kampfes nachgewiesen. Im ersten Bande des „Kapitals“ hat *Marx* einen großen Teil, ja man könnte sagen, den ganzen Band auf diesen Nachweis verwendet. Seine Schilderungen von der grausamen Verwüstung der menschlichen Arbeitskraft durch den aufkommenden Kapitalismus sind das beste Agitationsmaterial für die Gewerkschaften. Eine Unterlassung oder auch nur Vernachlässigung des gewerkschaftlichen Kampfes würde die Arbeiterschaft in das größte physische Elend bringen. Aber dieser Kampf ist nur ein Kampf um den Grad der Ausbeutung, er hebt aber die Ausbeutung nicht auf. In diesem Sinne ist auch einmal

das Wort von der Sisyphusarbeit der Gewerkschaften gefallen gegenüber den Leuten, die die Arbeiterschaft ablenken wollten von dem richtigen Wege ihrer Befreiung. Trotz all unseres gewerkschaftlichen Kampfes heben wir die Ausbeutung nicht auf, diese wird nur durch die Beseitigung der kapitalistischen Wirtschaft aufgehoben. Die Klassengegensätze überbrücken können die Gewerkschaften nicht, wohl aber zu einer wesentlichen Verkürzung des Leidensweges der Arbeiterklasse beitragen, indem sie die Arbeiter zur Erkenntnis ihrer Klassenlage bringen, sie von der Notwendigkeit des Klassenkampfes und der Eroberung der politischen Staatsmacht überzeugen, sie mit den Lehren des Sozialismus vertraut machen. Noch einen Einwand will ich kurz erwähnen, der sich aber weniger gegen das *Marxsche* Schema der Krisentheorie richtet, als gegen den von *Marx* und *Engels* angeführten letzten Grund der Krisen. *Tugan-Baranowski* ist im Gegensatz zu *Bernstein* mit *Marx* der Überzeugung, daß eine wachsende Anarchie der kapitalistischen Produktion vorhanden ist, er bestreitet aber die wachsende Unterkonsumtion der Massen, die *Marx* als den letzten Grund der Krisen bezeichnet. *Tugan-Baranowski* übersieht dabei nur, was ich schon erwähnt habe, daß eben die Produktion noch schneller als die Konsumtion der Massen wächst und infolgedessen der Widerspruch zwischen Produktion und Konsumtion ein immer größerer wird.

Parteigenossen! Ich habe in meinem Vortrage nur einige der Merkmale hervorheben können, die die Ursache der Krisen und ihrer periodischen Wiederkehr bilden, andere wichtige Merkmale mußte ich beiseite lassen, da sie sich nicht in dem Rahmen eines Vortrages unterbringen ließen. Ich hoffe aber trotzdem, daß es mir gelungen ist, Ihnen klarzumachen, daß der sich immer mehr verengende, immer heftiger werdende Krisenzyklus und damit die Verschärfung des Klassenkampfes eine unabwendbare notwendige Begleiterscheinung des Kapitalismus ist, daß sie durch Dinge hervorgerufen werden, die wir nicht beherrschen, daß eine Beseitigung nur zu erreichen ist durch eine Gesellschaft, in der die Produktion organisiert, nach einem gemeinsamen Plane betrieben wird, in der die Produktion durch und für die Gesellschaft stattfindet, im Sozialismus. Die Umwälzung wird sich nicht in ruhiger Entwicklung vollziehen, sondern unter

gewaltsamen, revolutionären Kämpfen. Auch nicht mit dem Stimmzettel werden wir uns den Sozialismus erobern, denn der Kapitalismus wird nicht ruhig dieser Entwicklung zusehen, er wird seine Machtmittel gebrauchen, solange sie noch zu gebrauchen sind. Die Zuspitzung der Klassengegensätze wird immer schärfer, die Entwicklung des Bürgertums, die Blockpolitik des Liberalismus, liefert uns dafür geradezu überraschende Beispiele. Es ist die Angst vor dem unaufhaltsamen Anschwellen der Sozialdemokratie. Unsere wichtigste Aufgabe ist es deshalb, uns für diesen Kampf zu rüsten, indem wir bestrebt sind, uns zu tüchtigen, zielbewußten Klassenkämpfern heranzubilden.

*Bremer „Bürger-Zeitung“, 19. Jahrgang,
Nr. 120, 23. Mai 1908.*

Reden auf dem Nürnberger Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands im Jahre 1908

*Rede in der Debatte über die Parteischule
14. September 1908*

Die Beweise liegen vor, daß es den Kritikern der Parteischule nicht auf Verbesserung, sondern auf Beseitigung des Instituts ankommt. Eisner ist ja offen genug, das in seinem Artikel in der „Tagespost“ zuzugeben. Eisner findet hier Elitezüchtung, während er wohlwollend für eine Massenbildung der Partei eintritt. Der Artikel Maurenbrechers zeigt, wie sich diese Leute die Massenbildung denken: In der Vermittlung von zusammenhanglosen Tatsachen! Sie wollen eine willenlose Masse, die sie gängeln können, die nicht in der Lage ist, sich den Zusammenhang der geschichtlichen Tatsachen zu erklären. Die Partei hat alle Ursache, denjenigen Leuten, die seit einigen Jahren systematisch versuchen, die Arbeiter von dem zielklaren Wege abzuleiten, sie auf Wege zu verleiten, die nicht zur Eroberung der politischen Macht führen, sondern lediglich dazu dienen, einzelnen rechtsstehenden Sozialdemokraten und linksstehenden Liberalen die Masse zu stellen für ihre sozialreformerischen Bestrebungen . . . Ich kenne viele Parteigenossen, die nicht die Parteischule besucht haben und doch Vorträge über die Werttheorie halten. (Heiterkeit.) Welcher Vorwurf soll also darin liegen, daß ein Genosse aus der Parteischule 26 Vorträge darüber gehalten hat? Er hat die Vorträge gehalten, um im kleinen Kreise intelligenter Genossen sich selbst fortzubilden. (Sehr richtig!) Wir haben alle Ursache, das zu fördern. Der Ausdruck „Elitebildung“ ist demagogisch. Wir können dies Institut nur begrüßen, wir wollen es nicht nur erhalten, sondern in sachgemäßer Weise ausbauen und erweitern. Ich denke es mir so, daß etwa ein dreimonatiger Sommerkursus außer dem halbjährigen

Winterkursus eingeführt wird, um damit den Genossen, die zum Teil die Parteischule schon besucht haben oder geistig auf hoher Warte stehen, die Möglichkeit zu weiterer systematischer Fortbildung zu geben. Wir haben alle Ursache zu einem Votum des Parteitages, das der Befriedigung über die Parteischule Ausdruck gibt. Das Wohlwollen der Genossen, die fortgesetzt Unterminierungsarbeiten leisten, für die Massenbildung ist sehr durchsichtig: ihnen kommt es nicht auf die Art des Unterrichts, sondern auf den Inhalt dessen an, was in der Parteischule gelehrt wird. (Beifall.)

*Rede in der Debatte über den 1. Mai
15. September 1908*

Als ich gestern das Treiben von Genossen kennzeichnete, die systematisch die Arbeiter vom richtigen Wege abbringen wollen, wurde mir das Wort „Unverschämtheit“ zugerufen. Ich habe eben die Unverschämtheit eines Genossen gehört, der an erster Stelle der proletarischen Bewegung steht (Unruhe.) und der einer anderen Genossin den Vorwurf gemacht hat, daß es ihr nur darauf ankomme, Skandal zu provozieren. Einen schwereren Vorwurf kann man einer Genossin, die schon den Beweis geliefert hat, daß sie jederzeit bereit ist, ihr Leben für den proletarischen Kampf in die Schanze zu schlagen, nicht machen. (Unruhe.) Ich fühle nicht die Verpflichtung in mir, die Genossin Luxemburg zu verteidigen, dazu ist sie selbst in der Lage, ich wollte damit nur den Ton kennzeichnen von Leuten, die (Große Unruhe, Glocke des Präsidenten.) . . . ich nehme den Ausdruck „Leute“ zurück, aber ich kann versichern, daß ich vor den Genossen, die ich damit kennzeichnen will, nicht die geringste Achtung als Parteigenosse habe. (Große, andauernde Unruhe. Ruf: „Ist das der Erfolg der Parteischule?“ Pfuirufe.) . . .

Vorsitzender Dorn: Ich bin gezwungen, den Redner zur Ordnung zu rufen. (Die Unruhe hält an.) Ich habe den Redner zur Ordnung gerufen, die Angelegenheit ist also wohl erledigt.

Pieck (fortfahrend): Ich füge hinzu, daß ich meine Art zu reden, nicht auf der Parteischule gelernt habe. (Lachen.) Ich habe

schon vor dem Besuch der Parteischule in dieser Weise polemisiert. (Lachen.)

Nun zur Sache selbst. Die Frage der Maifeier scheint auf einen toten Punkt gelangt zu sein. Es ist begreiflich, wenn einzelne Genossen unter diesen Umständen sagen, es ist besser, wir beseitigen die Maifeier überhaupt. In der Vereinbarung¹ ist es sicherlich ein Fehler, daß die Unterstützung von den örtlichen Fonds geleistet werden soll. Das hat einmal zur Folge, daß an den Orten, wo die Organisation schwach ist, die Maifeier überhaupt nicht begangen wird, weil die Mittel zur Unterstützung nicht zur Verfügung stehen. Andererseits reizt gerade die Unterstützung aus den örtlichen Fonds die Unternehmer in den großen Industriezentren, zu Aussperrungen zu greifen, um die örtlichen Kassen der Arbeiter zu sprengen. Ich bin der Überzeugung, daß die Unterstützung der Ausgesperrten nicht Sache der Partei, sondern Sache der Gewerkschaften sein muß, die auf das Unterstützungswesen eingerichtet sind. Ich verstehe nicht, wie man Partei und Gewerkschaften scheiden will, beide sind doch Organe der gesamten Arbeiterbewegung. Führen unsere politischen Kämpfe nicht immer mehr dazu, daß die Unternehmer zu Aussperrungen greifen? Hätten die preußischen Arbeiter den Wahlrechtskampf durch einen Massenstreik unterstützt, und die Unternehmer hätten daraufhin Aussperrungen, wenn auch von kurzer Dauer, verhängt, hätten dann die Gewerkschaften sagen dürfen, jetzt muß die Partei auch für die erforderlichen Mittel sorgen?

Wiederholt wird der Einwand von den Gewerkschaften laut, die Maifeier bringe ihnen keinen Vorteil, sondern eher Schaden. Aber gerade die Aussperrungen der Unternehmer zeigen, welche Vorteile die Maifeier der Arbeiterbewegung bringt. Würden denn die Unternehmer zu Aussperrungen greifen, wenn sie nicht gerade das gewaltige Agitationsmittel der Maifeier so fürchteten? Nicht einverstanden bin ich mit der Art und Weise, wie Kommissionen und Deputationen zu den Unternehmern gesandt werden, um sie zu bitten, die Maifeier gütigst zu gestatten. Den

¹ Vereinbarung zwischen der Generalkommission der Gewerkschaften und dem Parteivorstand im Frühjahr 1908, wonach die Entscheidung über die Art der Maifeier und die eventuelle Zahlung von Unterstützung bei Aussperrungen den örtlichen Stellen überlassen werden sollte.

Arbeitern muß klarwerden, daß sie nicht erst mit Genehmigung, sondern auch gegen den Willen der Unternehmer den 1. Mai durch Arbeitsruhe zu feiern haben. Wenn die Maifeier nicht den Umfang angenommen hat, den wir wünschen, so ist es zurückzuführen auf die Hemmungsversuche und Widerstände in den Gewerkschaften. Nehmen Sie den Antrag 104 an, der eine nochmalige Prüfung verlangt; schließlich haben die Massen bisher noch immer einen Ausweg aus allen Schwierigkeiten gefunden. Die Hauptsache ist, nicht ängstlich vor dem Unternehmertum zurückzuweichen, auch wenn die Unterstützung nicht vom ersten Tag ab an Gemaßregelte gezahlt wird. Die Arbeiter sind gern bereit, dieses Opfer auf sich zu nehmen. Wenn wir die Unterstützung erst vom dritten oder sechsten Tage an eintreten lassen, dann ist auch der Reiz für das Unternehmertum beseitigt, die Kassen der Arbeiter vom ersten Tag der Aussperrung an zu schwächen.

„Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zu Nürnberg“, 1908.

Zur Erhebung der Parteibeiträge

Die gegenwärtige Diskussion über die Reorganisation der Partei beschäftigt sich auch mit der Beitragsfrage. Es ist deshalb am Platze, die Aufmerksamkeit der Genossen auf die für das innere Parteigetriebe nicht unwichtige Frage der Form der *Beitragserhebung* zu lenken. Es sind hauptsächlich drei Formen, unter denen von den Parteiorganisationen die Mitgliedsbeiträge erhoben werden. Entweder werden die Beiträge in den Wohnungen der Mitglieder kassiert, oder die Erhebung der Beiträge geschieht in den regelmäßigen Zusammenkünften, in monatlichen Mitgliederversammlungen oder in eigens dafür eingerichteten Zahlabenden, oder aber es sind Zahlstellen eingerichtet, in denen die Beiträge abgeliefert werden müssen. Hier und dort werden die Beiträge auch in den Werkstätten erhoben, in kleineren Orten kassieren wohl auch die Kassierer der Gewerkschaften die Beiträge für die Partei zugleich mit den Gewerkschaftsbeiträgen ein. Es wäre zu prüfen, welche von den drei Formen die zweckmäßigste ist, wobei natürlich die örtlichen Verhältnisse berücksichtigt werden müssen.

Die beste Form der Beitragserhebung ist selbstverständlich die, bei der erreicht wird, daß alle Mitglieder regelmäßig ihrer Beitragspflicht nachkommen. Dabei ist zu berücksichtigen, daß es innerhalb unserer wie in allen politischen Parteien stets Mitglieder gibt, die, neu gewonnen, noch nicht von der Erfüllung ihrer Parteipflichten durchdrungen sind. Wenn diesen Mitgliedern die Beitragserhebung nicht möglichst bequem gemacht wird, so kommen sie sehr bald in Rückstand und sind dann in der Regel für die Organisation vorläufig verloren. Es bedarf erst wieder eines gelegentlichen neuen Anstoßes, um sie zum Wiedereintritt zu veranlassen.

Die für die Mitglieder bequemste Art der Beitragsleistung ist die Abholung aus ihrer Wohnung, sie ist auch die für die Parteikasse ergiebigste. Die Beitragssummen weisen in den Orten,

wo diese Form gehandhabt wird, eine größere Annäherung an den nach der Mitgliederzahl zu erwartenden Betrag auf, und die Zahl der Restanten ist geringer als dort, wo eine andere Form der Beitragserhebung besteht. Auch die Fluktuation der Mitglieder ist bedeutend geringer.

Eine umfassende Zusammenstellung von Orten mit und ohne Hauskassierung existiert leider nicht. Ich führe deshalb Zahlen aus drei Orten an, in denen zwei grundverschiedene Arten der Beitragserhebung bestehen und von denen mir die Zahlen des letzten Geschäftsjahres vorliegen. In *Bremen* werden die Beiträge jeden zweiten Sonntag im Monat aus den Wohnungen der Mitglieder abgeholt, in *Groß-Berlin* besteht das System der Zahlabende, an denen die Mitglieder an jedem zweiten Mittwoch im Monat ihren Beitrag entrichten können. Die vorliegenden Zahlen reden eine deutliche Sprache *zugunsten der Hauskassierung*.

In *Bremen* sind bei dem durchschnittlich gerechneten Mitgliederbestand von 12 346 11,6 Monatsbeiträge je Mitglied und Jahr eingegangen, in *Groß-Berlin* dagegen bei einem Mitgliederbestand von 115 393 nur 9,5 Monatsbeiträge je Mitglied und Jahr. Hätte Berlin die gleiche Zahl von Monatsbeiträgen wie Bremen eingenommen, so würde das für Berlin eine Mehreinnahme im Jahre von 47 240,60 Mark ergeben haben, ganz abgesehen davon, daß in Bremen 37,2 Prozent der sozialdemokratischen Reichstagswähler organisiert sind, in *Groß-Berlin* dagegen nur 21,2 Prozent. Berlin könnte also seine Einnahmen aus Beiträgen mehr als verdoppeln, das heißt fast um eine halbe Million Mark steigern, wenn es diese Einnahmen in das gleiche Verhältnis zu den sozialdemokratischen Stimmen bringt wie Bremen.

Aus dem soeben erschienenen *Jahresbericht der drei Hamburger Wahlkreise* ergeben sich ebenfalls mit aller Deutlichkeit die Vorteile der Hauskassierung. Es heißt dort: „Die Fluktuation gegen früher hat bedeutend nachgelassen. Dies dürfte zum guten Teile die Verbesserung der Einkassierung der Beiträge bewirkt haben. Im dritten Wahlkreis wurde vor mehreren Jahren die Hauskassierung eingeführt, die auch im größten Teile des ersten Wahlkreises zur Einführung gelangt ist. Der zweite Wahlkreis ist im letzten Jahre dazu übergegangen, von den Restanten die

Beiträge abzuholen.“ Es gingen in Hamburg je Mitglied und Jahr an Monatsbeiträgen ein im ersten Kreise 9,4, im dritten Kreise 10,5. Gegenüber der Aufnahme von 22 302 Mitgliedern stieg der Mitgliederbestand um 12 241 gleich 54,8 Prozent aller Aufnahmen oder 25,6 Prozent gegenüber dem Bestand am Jahresanfang. Die Zahl der verkauften Beitragsmarken stieg sogar noch mehr als die Mitgliederzahl. Von den abgegebenen sozialdemokratischen Stimmen waren organisiert im ersten Kreise 40,7 Prozent, im zweiten Kreise 37,7 Prozent, im dritten Kreise 46,5 Prozent.

Vielleicht würde in Berlin bei einer Einführung der Hauskassierung der Erfolg weniger in einer Steigerung der Nettoeinnahme zutage treten, weil die Hauskassierer entschädigt werden müssen. In der Regel erhalten sie einen Anteil an dem Ertrag der einkassierten Beiträge, wobei der Anteil nach dem Verhältnis von Arbeitsleistung und der einkassierten Beitragssumme gemessen werden muß, sich also nach der Dichtigkeit, in der die Genossen beieinander wohnen, richten wird. Wie schon erwähnt, würden sich in Berlin die Einnahmen um 47 240 Mark erhöhen, wenn der gleiche Prozentsatz von Monatsbeiträgen wie in Bremen einging. Das sind 11,7 Prozent der bisherigen Einnahmen aus Beiträgen. In Bremen mit seiner weitschichtigen Wohnweise erhalten die Beitragsammler 10 Prozent der Einnahmen, im Landgebiet 12 $\frac{1}{2}$ Prozent.

Aber selbst wenn der finanzielle Reinertrag für die Vereinskasse durch die Hauskassierung nicht gesteigert würde, dann bleibt doch immer noch der große Vorteil, daß die Mitglieder weniger mit ihren Beiträgen in Rückstand geraten und deswegen nicht gestrichen werden müssen. Jeder in der Agitation tätige Genosse weiß, welche Mühe es erfordert, die Arbeiter von der Notwendigkeit der politischen Organisation zu überzeugen und sie zum Beitritt zu bewegen. Um wieviel mehr ist es deshalb notwendig, dafür zu sorgen, daß die gewonnenen Mitglieder nicht wieder verlorengehen. In einem kleineren Orte ist es noch leichter möglich, die Parteigenossen an ihre Beitragspflicht zu erinnern, weil der Kassierer meistens die Genossen persönlich kennt. Aber in Großstädten fällt diese Möglichkeit fast vollständig weg. Hier kann höchstens durch Mahnpostkarten oder

durch persönliches Aufsuchen der restierenden Mitglieder versucht werden, die Beitragsreste einzubekommen. Im letzteren Falle kommt man aber der Hauskassierung schon sehr nahe, nur daß sie erst geschieht, wenn die Mitglieder bereits im Rückstand sind und oftmals sogar schon ihre Wohnung gewechselt haben, also nicht mehr aufzufinden sind.

Es ist bei der Hauskassierung auch noch zu beachten, daß dabei sehr viele Mitglieder durch den Beitragssammler gewonnen werden, so daß dessen Entschädigung auch dadurch reichlich aufgewogen wird. Wenn der Beitragskassierer allmonatlich zu den Genossen ins Haus kommt, wird er in ihrer Wohnung sehr häufig Arbeiter (Einlogierer, Familienangehörige, Bekannte) antreffen, die noch nicht der Partei angehören, bei denen es aber oft nur des Anstoßes bedarf, sich der Partei anzuschließen. Auch werden dem Kassierer Adressen von Arbeitern mitgeteilt werden, die zum Beitritt bereit sind.

Die *Kolportage der Parteiliteratur* könnte ebenfalls durch die Hauskassierer in nennenswertem Maße gesteigert werden, sei es, daß sie Bestellungen auf Bücher entgegennehmen oder Bücher direkt zum Kauf anbieten. Den Hauskassierern würde daraus zugleich eine kleine Nebeneinnahme entstehen.

Ferner kommt noch in Betracht, daß durch die monatliche Hauskassierung eine ständige Fühlung mit allen Parteimitgliedern aufrechterhalten wird, die für das Getriebe einer Partei von nicht zu unterschätzender Bedeutung ist.

So ergeben sich von selbst die Vorteile, die diese Form der Beitragserhebung vor anderen Formen voraus hat. Der beste Beweis für die Zweckmäßigkeit der Hauskassierung liegt noch in der Tatsache, daß eine große Anzahl Parteimitgliedschaften in Groß- und Mittelstädten dieses System eingeführt und mit ihm gute Erfahrungen gemacht haben.

Die einzige Schwierigkeit, der besonders in Großstädten die Durchführung der Hauskassierung begegnet, ist die Beschaffung der erforderlichen Beitragssammler. Aber das ist eine Schwierigkeit, die bei der Besetzung aller Arbeitsposten in der Partei überwunden werden muß und die auch bei der Besetzung der Kassiererposten überwunden wird, besonders wenn dazu die Genossinnen herangezogen werden.

Die Parteimitgliedschaften, die eine andere Form der Beitrags-
erhebung als die der Hauskassierung handhaben, mögen daher
einmal ernstlich prüfen, ob ihre Form nicht große Mängel gegen-
über der Hauskassierung aufweist und ob es sich nicht emp-
fiehlt, diese für ihren Ort ebenfalls einzuführen.

„Die Neue Zeit“, Stuttgart, 23. August 1912.

Rede auf dem Chemnitzer Parteitag

*in der Diskussion zum Stichwahlabkommen
19. September 1912*

Ich hätte zu der vorliegenden Materie mich nicht zum Worte gemeldet, wenn nicht Scheidemann eine Äußerung von mir zitiert hätte, die ich in einer Berliner Parteiversammlung zum Stichwahlabkommen getan habe. Scheidemann hat es für notwendig gehalten, zur Würzung seiner teilweise sehr launigen Rede die Nennung meines Namens mit einem angeblichen, in Berlin nicht mehr neuen Witz zu verbinden.¹ Den Anlaß dazu gab ihm ein Berliner Genosse, der, obwohl er wußte, daß ich diese Äußerung getan habe, dennoch danach fragte und der infolge seiner früheren emsigen Tätigkeit ebenfalls in Berlin einmal Trumpf gewesen ist. Seitdem er Mitglied des Reichstags geworden ist, verhält er sich freilich sehr still in Berlin.

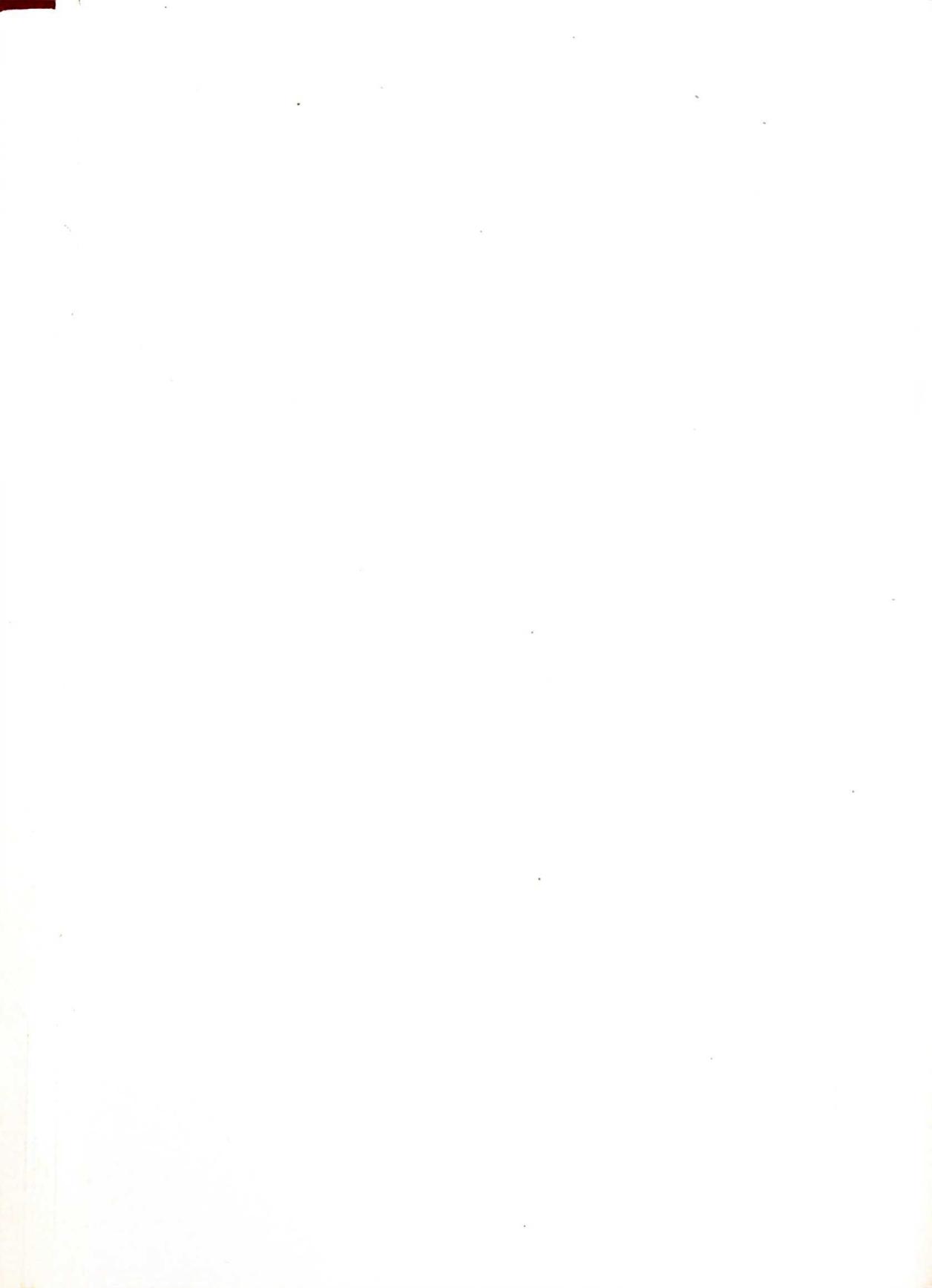
Bei der von Scheidemann zitierten Äußerung ist zu berücksichtigen, daß er nach dem Wortlaut eines „Vorwärts“-Berichtes zitiert und ferner, daß diese Äußerung eine Antwort war auf eine überschwengliche Einschätzung des Erfolges des Stichwahlabkommens durch den damaligen Vorstandsverteidiger. Genosse Braun konnte sich damals nicht genug tun in der Lobpreisung der Zertrümmerung des schwarzblauen Blocks² durch das Stichwahlabkommen und der Vorteile, die sich daraus für

¹ Bezieht sich auf folgende Bemerkung von Scheidemann: „In einer Berliner Versammlung sprach am 31. März ein Genosse — nachdem er die Binsenwahrheit gesagt hatte, daß in dem Stimmengewinn die politische Bedeutung des Wahlsieges liege — folgendes: ‚... das ist die politische Bedeutung, nicht die künstlich erschacherten 110 Mandate. 110 Abgeordnete haben sicher mehr Bedeutung als 43, aber mehr Macht haben sie sicherlich nicht.‘ (Heiterkeit. — Ein Zuruf: Wer war denn das?) Na, Otto, du könntest schon wissen, daß jetzt Pleck Trumpf ist in Berlin!“ („Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 15. bis 21. September 1912“, Berlin 1912.)

² Schwarzblauer Block = der Block des Zentrums mit den Konservativen.



Zentrale Parteischule der SPD, Berlin 1907.
Auf der 2. Bank der linken Seite: Wilhelm Pieck; stehend 4. von links: Rosa Luxemburg; 5. von links: August Bebel.



die Arbeiterschaft ergeben würden. Er knüpfte große Hoffnungen an die gemeinsame Tätigkeit von Freisinn und Sozialdemokratie im Reichstage und meinte dem Sinne nach, daß die Arbeiterschaft um diese Vorteile kommen würde, wenn das Stichwahlabkommen nicht bestanden hätte. Daraufhin habe ich gesagt, daß ich an solche Prophezeiungen nicht glauben könne, daß sich die Braunschener Hoffnungen nicht erfüllen werden, weil einmal auf den Freisinn kein Verlaß sei und weil wir trotz unserer 110 Mandate im Reichstage nicht imstande sein würden, als Minderheit wesentliche Verbesserungen der politischen und wirtschaftlichen Rechte und der Lage der Arbeiter herbeizuführen. Deshalb sei es falsch, erst solche großen Hoffnungen bei der Masse zu erwecken. Eine Enttäuschung der Massen würde die notwendige Folge sein, weil es uns in der kurzen Zeit nicht gelingen würde, die Massen von dem wirklichen Einfluß einer parlamentarischen Minderheit zu überzeugen. Ich habe vor allem ernste Bedenken gegen das Mittel erhoben, durch das unsere Mandatsziffer gesteigert worden ist. Wenn ich dabei von einer künstlichen Erschacherung der Mandate gesprochen habe, so mag diese Bezeichnung nicht gerade angenehm klingen, aber es ist doch Tatsache, daß um die Mandate der Wahlkreise, die wir dem Freisinn abgetreten haben, und über die, in denen uns die Freisinnigen unterstützen sollten, gehandelt worden ist. Die Mandate dieser Kreise wurden also Handelsobjekte.

Es darf sich bei unserem Wahlkampfe nicht um die Erlangung von Mandaten um jeden Preis handeln, auch nicht um das Mittel der „Dämpfung“. Ich denke dabei an die Worte Bebels, daß ihm 4 Millionen Stimmen und 50 Mandate lieber seien als 2 Millionen Stimmen und 100 Mandate. Darin liegt sicher keine Unterschätzung des Einflusses, den eine große Zahl von sozialdemokratischen Abgeordneten im Reichstag ausüben kann, aber es soll damit zugleich ausgedrückt sein, daß Mandate nur auf dem Wege des politischen Kampfes erobert werden sollen.

Es handelt sich bei der Kritik des Abkommens nicht darum, daß ein Abkommen überhaupt abgeschlossen worden ist. Dagegen wird niemand etwas einzuwenden haben. Auch die Geheimhaltung wird man dem Parteivorstand unter den gegebenen Verhältnissen zugute halten können, weil er sich sagen mußte,

daß das Abkommen eine Mißstimmung bei den Parteigenossen hervorrufen mußte und die vorzeitige Bekanntgabe der Dämpfungsklausel¹ den ganzen Erfolg in Frage stellen konnte.

Es handelt sich bei der Kritik nur um die sogenannte Dämpfung als dem eigentlichen Kern des Abkommens. Darüber, daß wir bei der Stichwahl durch gesteigerte Agitation versuchen müssen, recht viele Mandate herauszuholen, daß wir den Freisinn dort, wo wir ausgeschieden sind, gegen rechtsstehende Kandidaten unterstützen und daß wir ferner die Liberalen veranlassen müssen, im umgekehrten Falle uns zu unterstützen; und daß diese Verbindlichkeiten in einem Abkommen festgelegt werden, darüber besteht wohl kaum ein Streit in der Partei. Genosse Scheidemann hätte sich also einen Teil seiner Ausführungen ersparen können, ebenso die Hinweise auf die Artikel in der „Neuen Zeit“. Diese Artikel sprachen sich nur für ein Abkommen überhaupt aus, keineswegs aber für eine Dämpfungsklausel. Auch die Gegner des Abkommens sind derselben Meinung wie der Parteivorstand, daß alle Kräfte darangesetzt werden müßten, um eine möglichst große Zahl von Mandaten herauszuholen. Ob aber das Mittel, das der Vorstand dabei anwandte, das richtige war, darüber haben die Genossen nachträglich zu urteilen. Ich bin der Meinung, daß ein solches Mittel nicht angewendet werden durfte. Ob ich deshalb vom Parteivorstand als unvernünftig oder als politisch unklug bezeichnet werde, das muß ich schon seiner gütigen Beurteilung überlassen. Es ist ja auch von anderen Genossen ein absprechendes Urteil über das Abkommen gefällt worden. Dem Genossen Ledebour hat Scheidemann von der Tribüne aus ein Lob für seine verständige Beurteilung der politischen Situation während der Stichwahl ausgesprochen, aber auch Ledebour ist gegen die Dämpfungsklausel. Auch Genosse Kautsky rät von der Wiederholung eines solchen Mittels ab. (Zuruf von Pfannkuch: „Kautsky war aber dabei!“) Ja, wenn er seine Zustimmung zur Dämpfungsklausel gegeben hat und hinterher zu einer anderen Beurteilung kommt, so zeigt das nur

¹ Dämpfungsklausel = Stichwahlabkommen des Parteivorstandes der SPD mit den Freisinnigen. Der Parteivorstand verpflichtete sich danach, die sozialdemokratische Wahlagitation zu „dämpfen“, um die Stimmen der Freisinnigen für die sozialdemokratischen Kandidaten zu bekommen.

die Tatsache, daß er sich inzwischen überzeugt hat, daß es nicht vorteilhaft ist, ein solches Mittel anzuwenden. Der Widerspruch der Genossen im Lande wird auch den Parteivorstand hoffentlich zu der Überzeugung gebracht haben, daß die Sache nicht wiederholt werden darf. Auf die Dämpfung und auf nichts anderes kommt es also bei der Debatte an. Es wird keiner verkennen, daß sich der Parteivorstand in einer außerordentlich schwierigen Situation befunden hat, wenn solche Dinge in kurzer Zeit entschieden werden müssen. Genosse Scheidemann hat zugegeben, daß auch dem Parteivorstand die Dämpfungsklausel unangenehm gewesen sei. Daß es besser gewesen wäre, wenn sie nicht nötig geworden wäre, daß aber der Parteivorstand darauf eingehen *mußte*, weil sonst das Bündnis nicht zustande gekommen wäre und die Liberalen zu den schwarzblauen Blockbrüdern gegangen wären. So handelt es sich letzten Endes um die Frage, ob der Parteivorstand gezwungen war, die Dämpfungsklausel in das Abkommen aufzunehmen. Wenn die Liberalen zu den Schwarzblauen gegangen wären, so hätte uns das sicher weniger Mandate eingetragen, aber ein solches Vorgehen der Freisinnigen hätte zugleich noch mehr dazu beigetragen, den freisinnigen Wählern aus Arbeiter- und Angestelltenkreisen die Augen zu öffnen über das ganze oppositionelle Getue der Fortschrittlichen Volkspartei. Jedenfalls hätte diese Tatsache keineswegs zur Mehrung ihrer Anhänger in den Kreisen der Arbeiter und Angestellten beigetragen. Der Freisinn befand sich also in der größten Not, wenn er zu uns kam, und wir hatten gar keine Ursache, ihm so weit entgegenzukommen, wie wir es getan haben. Es wäre müßig, darüber zu streiten, ob nicht die Freisinnigen auch ohne Dämpfungsklausel ein Abkommen mit uns hätten abschließen müssen, um sich überhaupt als Oppositionspartei im Reichstag zu erhalten.

Bei einem Votum des Parteitages über das Abkommen kann es sich nur darum handeln, zum Ausdruck zu bringen, daß die Dämpfungsklausel nicht gutgeheißen wird und daß wir vor allen Dingen Wahlbündnisse auf Grund solcher und ähnlicher Mittel nicht wollen. Die eingereichte Resolution bringt in mildester Form zum Ausdruck, was die Gegner des Stichwahlabkommens unter unseren Parteigenossen bewegt. Sie spricht nur das Be-

dauern darüber aus, daß die Dämpfungsklausel in dem Abkommen enthalten war. Sie bringt also eigentlich nur zum Ausdruck, was auch der Parteivorstand hier zum Ausdruck gebracht hat, der die Dämpfung ebenfalls bedauert. Ich protestiere gegen die Ansicht, als ob in dieser Resolution etwa eine Herabsetzung des Parteivorstandes läge. Man müßte ihn schon als unfehlbar bezeichnen, wenn man schließlich seine Handlungen hinterher nicht kritisieren dürfte.

Ohne Gespensterseherei zu betreiben, ist aber noch zu bedenken, daß die Dämpfungsklausel nur eine Etappe auf dem Wege ist, auf dem auch die Verteilung der Mandate zwischen uns und den bürgerlichen Linksparteien bereits vor der Hauptwahl liegt. Wenn die bayerischen Genossen bei ihren Landtagswahlen zu einem solchen Mittel gegriffen haben, so können sie fast dieselben Argumente dafür anführen, die Scheidemann zur Verteidigung der Dämpfung anführte. Auch sie wollten dem Willen des bayerischen Volkes in der Zusammensetzung des Landtages zum Durchbruch verhelfen, sie wollten zwar keinen schwarzblauen Block zertrümmern, aber doch die klerikale Machtstellung brechen. Auch sie betrachten dieses Mittel als politische Notwendigkeit, als ein außerordentliches Mittel in außerordentlicher Situation, als ein Produkt des Wahlsystems und der klerikalen Taktik. Sie sehen, daß dieselben Argumente auch zur Verteidigung des bayerischen Landtagswahlabkommens mit den Liberalen angeführt werden können. (Zunehmende Unruhe. Vorsitzender Noske: „Aber Genosse Pieck, ich muß Sie doch aufmerksam machen, daß das bayerische Abkommen nicht zur Debatte steht!“) Ich will nur beweisen, daß die Dämpfung nur eine Etappe auf dem Wege ist, den die bayerischen Genossen betreten haben, die nur einen Schritt weiter als der Parteivorstand gegangen sind, indem sie bereits vor der Hauptwahl die Mandate verteilten. (Neue Unruhe und Zurufe: „Sie haben ja keine Ahnung, keine blasse Ahnung von den bayerischen Verhältnissen!“) Gewiß, die Verhältnisse sind andere, und ich maße mir kein Urteil darüber an, aber die Argumente Scheidemanns laufen auf genau dieselben Argumente hinaus, wie sie die bayerischen Genossen für die Verteilung der Mandate vor der Hauptwahl gebrauchten. Ich bitte, nicht auf diesem Wege fortzuschrei-

ten, sondern der Parteitag möge zum Ausdruck bringen, daß er die Anwendung solcher Mittel zur Erlangung von Mandaten nicht will. Möge der Parteitag der Resolution zustimmen und für die Zukunft Richtlinien für das Vorgehen bei den Stichwahlen ziehen.

„Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 15. bis 21. September 1912“, Berlin.

Ein Brief des Antimilitaristen Wilhelm Pieck

Le Catelet, den 25. Juli 1916

L. G. Korn!

Einer Laune einiger meiner Kameraden folgend, habe auch ich mich, wie Sie umseitig ersehen, photographieren lassen. Die etwas veränderte Visage ist gewissermaßen das Produkt der Verwilderung im Schützengraben, gleichzeitig aber auch ein stiller Protest gegen die Uniformierungssucht, die hier Kinn- und Backenbärte nicht leiden will. Wie es heißt, soll es schon in einigen Tagen mit unserer Ruhe wieder vorbei sein, indem es wieder in die vorherige Stellung nördlich der Somme gehen soll. Unsere Lücken sind ja wieder mit neuem Kanonenfutter ausgefüllt. Hoffentlich habe ich wieder Glück.

Den Empfang Ihrer Sendung habe ich bereits bestätigt. Das Buch von Lensch ist zum Teil recht breit geworden und reizt zu vielen Widersprüchen. Immerhin ist es stellenweise recht interessant. Wo wird dieser Glückssucher noch sein Ende finden? Bei den „LNN“¹ ist er schon angelangt.²

Herzliche Grüße Ihnen und Ihrer lieben Gattin

Ihr W. Pieck

*Zuerst veröffentlicht im „Neuen Deutschland“,
Berlin, 4. Januar 1947.*

¹ Gemeint sind die reaktionären „Leipziger Neuesten Nachrichten“.

² Paul Lensch, ursprünglich zu den Linken gehörend, war während des ersten Weltkriegs Sozialchauvinist und landete in den zwanziger Jahren als Chefredakteur in der erzreaktionären „Deutschen Allgemeinen Zeitung“.

Arbeiter, Soldaten, Genossen!

Die Entscheidungsstunde ist da! Es gilt der historischen Aufgabe gerecht zu werden.

Während an der Wasserkante die Arbeiter- und Soldatenräte die Gewalt in Händen haben, werden hier rücksichtslos Verhaftungen vorgenommen. Das ist der Anfang der Militärdiktatur, das ist der Auftakt zu nutzlosem Gemetzel.

Wir fordern nicht Abdankung einer Person, sondern Republik!

Die sozialistische Republik mit allen ihren Konsequenzen.

Auf zum Kampfe für Friede, Freiheit und Brot.

Heraus aus den Betrieben!

Heraus aus den Kasernen!

Reicht euch die Hände!

Es lebe die sozialistische Republik.

Der Vollzugsausschuß des Arbeiter- und Soldatenrates

Barth, Brühl, Eckert, Franke, Haase, Ledebour, Liebknecht,
Neuendorf, Pieck, Wegmann

*Flugblatt, das am 9. November 1918 in den
Berliner Fabriken verteilt wurde.*

An der Bahre der 42 Toten der Betriebsrätedemonstration

*Rede auf dem Friedhof in Berlin-Friedrichsfelde
am 13. Januar 1920*

Eine ernste, traurige Pflicht ist es, deren Erfüllung uns heute zusammengeführt hat.

Mit verbissenem Schmerze gedenken wir heute unserer Freunde und Klassengenossen, die in dem Kampfe für unsere heilige Sache gefallen sind, die aus unseren Reihen gerissen wurden im offenen Straßenkampfe oder durch heimtückischen Meuchelmord fielen.

Als wir diese Gedenkfeier vorbereiteten, ahnten wir nicht, daß wir sie begehen würden an den Bahren neuer Opfer des Blutregimes, einer mit Schmach und Schande bedeckten Regierung, in der Menschen sitzen, die sich Sozialdemokraten nennen und die diesen Namen geschändet haben.

42 Tote, 105 Verwundete, das sind die neuen Blutopfer dieser Regierung, mit denen sie über die friedlich demonstrierenden Proletarier am 13. Januar vor dem Reichstage triumphierte.

Es werden nicht die letzten Opfer sein, beute- und mordlüstern streifen die Noskegarden durch die Straßen von Berlin, im Blute will die Regierung die Revolution des Proletariats ersticken.

In feiger Angst verbietet sie sogar die Gedenkfeiern, die die Arbeiter ihren erschlagenen und erschossenen Kameraden bereiten wollten, verbietet sie, den am 13. Januar erschossenen Kameraden das letzte Geleit zu geben.

Es ist der Schande kein Ende, mit der diese Regierung sich überhäuft, an der sie ersticken wird.

So verbindet sich unser Schmerz über unsere gefallenen Freunde mit dem glühenden Hasse gegen diejenigen, die diese

Opfer auf dem Gewissen haben, die in ungeheurer Verblendung nicht davor zurückschrecken, sich mit den Feinden des Proletariats, mit seinen Ausbeutern und Bedrückern zu verbinden, um sich ihre Ministersessel zu sichern und die Arbeiter an ihrem Befreiungskampf zu hindern.

Ein Feigling, der sein Volk verläßt, und für sein Volk ist er tot.

Oh, daß die deutschen Arbeiter und insbesondere die proletarische Jugend es nie vergessen mögen, was ihnen in ihrem revolutionären Kampfe von denen angetan worden ist, die sie ehemals mit dem größten Vertrauen bedachten, wie diese mit daran schuldig sind, daß so viele unserer Kameraden gemordet, daß die Besten des deutschen Proletariats gefallen sind.

Und aus den Massengräbern unserer Freunde steigen vor unserem Auge besonders zwei hervor, die heute vor einem Jahre in der schändlichsten Weise von gedungenen Mordbuben in feiger, heimtückischer Weise erschlagen wurden: Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht.

Zwei unserer Besten, unsere kühnsten, klarsten und kraftvollsten Führer.

Durch ihre Vernichtung glaubten die Bourgeoisie und die ihr Schergendienste leistenden Regierungssozialisten die Revolution zu treffen, ihren Fortgang aufzuhalten.

Längst werden sie eingesehen haben, daß sie sich darin geirrt haben, daß die Revolution trotzdem ihren Fortgang nimmt, daß sie nicht aufzuhalten ist, so groß auch die Massenmetzeleien sind, so viele sie auch in die Kerker werfen. Unaufhaltsam schreitet die Revolution voran, bis sie ihr Ziel erreicht hat.

Und doch, ungeheuer groß ist der Verlust, den das revolutionäre Proletariat durch die Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht erlitten hat, und wir mindern das Gedenken an unsere gefallenen Kameraden nicht, wenn wir im besonderen dieser beiden großen Führer gedenken.

Besonders euch, jugendliche Freunde, muß die Lebensarbeit dieser beiden immer wieder vor Augen geführt werden, von ihnen müßt ihr lernen, was ein revolutionärer Kämpfer ist.

Sie waren beide eure besten Freunde, auf euch setzten beide die größten Hoffnungen. Um eure Zukunft kämpften sie. Sie

waren beide bis in den letzten Nerv ihres Wesens revolutionäre Kämpfer, voll von glühendem Geiste und höchster Tatbereitschaft, voll von revolutionärem Willen und höchster Opferfreudigkeit. Ihr Dasein ging völlig in dem gewaltigen Ziele auf, das die Geschichte dem Klassenkampf des Proletariats gesetzt hat: die Befreiung der Unterdrückten und Ausgebeuteten durch die Überwindung des Kapitalismus und die Aufrichtung des Sozialismus.

Mit Leib und Seele warfen sie sich stets in das dichteste Getümmel des Klassenkampfes. Keinen Augenblick zauderten sie, wenn es galt den Massen als Wegbereiter voranzugehen, die Fahne des revolutionären Klassenkampfes voranzutragen.

Rosa Luxemburg war die geistig überlegene, die Situation stets klar erfassende, weitausschauende Führerin und Denkerin, Karl Liebknecht der brausende, stürmisch vorwärtsdrängende Kämpfer der Straße, der Versammlungen und Demonstrationen. In beiden verband sich der schöpferische Wille der Revolution mit der klaren Erkenntnis des Weges, der zum Ziele führt. Sie gaben den ringenden Massen die Parolen in ihren Kämpfen, sie leuchteten ihnen voran, wenn die Massen vom Wege abirren wollten; sie waren es, die in den Augusttagen des Jahres 1914 die Arbeitermassen aus dem Taumel zu reißen versuchten, in den sie durch Lug und Trug versetzt waren; sie waren es, die trotz aller Verfolgungen und Einkerkierungen immer wieder ihre Stimme an die Arbeiter richteten und diese auf den geraden Weg des Sozialismus zu ziehen versuchten.

Und gerade ihr Jugendlichen habt ihnen viel zu danken. Vor allem Karl Liebknecht war es, der einen großen Teil seiner Lebensaufgabe darin sah, dem zerrütteten Militarismus zu Leibe zu rücken, ihn zu brandmarken, die Jugend vor seinem gefährlichen Geiste zu bewahren.

Jugendgenossen, lest seine Schrift über den Antimilitarismus, und ihr werdet euren Geist schulen für den Kampf um eure Freiheit.

Lest die Schriften Rosa Luxemburgs, die es meisterhaft verstand, die Lehren des revolutionären Kampfes darzulegen, so daß auch der politisch ungeschulteste Kopf sie zu begreifen vermag.

Auf beide trifft also wie auf keinen andern das Dichterwort zu:

„Ich bin das Schwert, ich bin die Flamme. Ich habe euch erleuchtet in der Dunkelheit, und als die Schlacht begann, focht ich voran, in der ersten Reihe.“

So haben sie es gehalten vor dem Kriege, nach dem Kriege, im Gefängnis.

Sind uns die beiden auch geraubt, ihre Stimme, ihr Geist sind stets unter uns, die konnten sie uns nicht erschlagen. Sie uns lebendig zu erhalten ist unsere Pflicht, ist unser Leben. Tot wäre die Revolution nur, wenn der Geist der beiden nicht in die Köpfe der Arbeiter immer tiefer eindrange.

Und ihr Jugendlichen, die ihr euer Leben noch vor euch habt, die ihr erst in den Kampf eingetreten seid, gerade für euch ist es die heiligste Pflicht, die beiden großen Toten dadurch zu ehren, daß ihr euch ihre Lehren zu eigen macht, daß ihr ihrem Leben nachzuleben trachtet. Nicht in Klagen und Trauer sollt ihr euch ergeben, sondern in Kampfesfreude und Tatkraft.

„Wir haben aber weder Zeit zur Freude noch zur Trauer. Aufs neue erklingen die Drommeten, es gilt neuen Kampf.“

Werdet und seid Kämpfer, scheut vor keinem Opfer für die große Sache des Proletariats zurück. Denkt nicht, daß es auf den einzelnen dabei nicht ankommt; die gegenwärtige Zeit erfordert jeden einzelnen. Werbt unter euren Altersgenossen, spornt sie an, ihr Bestes herzugeben.

Werdet nicht kleinmütig, wenn der Weg zu unserem Ziel nicht in stetem Aufstieg vor sich geht, wenn uns die Reaktion zurückwirft, wenn sie scheinbar über die Revolution triumphiert. Wir werden trotz alledem unser Ziel erreichen. Haltet es mit der Siegeszuversicht von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, die sie nach der Niederwerfung des Januaraufstandes der Reaktion gegenüber behaupteten.

Erinnert euch stets ihrer letzten Worte an das Proletariat. Karl Liebknecht sagte:

„Und wenn sie uns in Bande werfen — wir sind da ... Und der Sieg wird unser sein ... Unser Schiff zieht seinen geraden Kurs fest und stolz dahin bis zum Ziel ... Und wenn wir dann noch leben werden ...“

leben wird unser Programm. Es wird die Welt der erlösten Menschheit beherrschen. Trotz alledem!"

Und Rosa Luxemburg schrieb:

„Ordnung herrscht in Berlin! Ihr stumpfen Schergen! Eure ‚Ordnung‘ ist auf Sand gebaut. Die Revolution wird sich morgen schon ‚rasselnd‘ wieder in die Höh‘ richten‘ und zu eurem Schrecken mit Posaunenklang verkünden: Ich war, ich bin, ich werde sein!“

Jugendgenossen! Dort ist die Siegeszuversicht, wie sie nur die klare Erkenntnis von der geschichtlichen Aufgabe des Proletariats verleiht, die nur hervorgeht aus dem Studium der gesellschaftlichen Zusammenhänge, der Geschichte der Menschheit.

Deshalb ist die erste Voraussetzung eines revolutionären Kämpfers, sich diese Erkenntnis zu verschaffen. Nur dadurch wird das Proletariat sich die Macht erringen, der es bedarf, um den Sozialismus zu verwirklichen. Sie wird ihm Kraft verleihen, über seine Gegner zu siegen.

Schwer und dornenreich ist der Weg dahin. Doch das darf uns nicht schrecken. Groß und hehr ist das Ziel. Es gilt eine Welt zu befreien.

Geht hinein in die Fabriken und Hütten, rüttelt die Lauen auf, breitet die Lehren unserer beiden großen Toten aus. Durch ihre Lehren werden die Taten ausgelöst werden, die eine alte Welt stürzen und eine neue aufbauen!

Und wir stehen bereits an der Schwelle dieser neuen Welt. Es gilt das Tor zu sprengen, das uns davon trennt.

„In die Fabriken schreit der Flamme Schein
und in den schwarzen Bauch der Kohlenschächte:
Ihr werdet frei, ihr werdet Menschen sein!“

Nach bisher unveröffentlichten Aufzeichnungen.

Rede zur Eröffnung des V. Parteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands

am 2. November 1920

Genossinnen und Genossen! Der V. Parteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale) ist eröffnet.

Ich begrüße im Namen der Zentrale die Teilnehmer des Parteitages, insbesondere alle als Gäste erschienenen Genossen, die Vertreter unserer ausländischen Bruderparteien und das Zentralkomitee der USP. Ich glaube in Ihrer aller Namen zu sprechen, wenn ich bedauere, daß wir nicht auch Gelegenheit haben, ein Mitglied der Exekutive der Kommunistischen Internationale in unserer Mitte zu haben.

Genossinnen und Genossen! Unser V. Parteitag ist der erste öffentliche seit dem Gründungsparteitag im Januar 1919. Drei Parteitage haben in der Zwischenzeit stattgefunden, deren Einberufung und Tagung streng geheimgehalten werden mußten, weil die Partei durch die schweren Verfolgungen und Drangsalierungen, mit denen sie von der Ebertregierung in dieser Zeit bedacht wurde, gezwungen war, ihre Tätigkeit unterirdisch zu betreiben. Fast ein Jahr lang regierte die Ebertregierung mit dem Belagerungszustand, der gleich nach der Gründung unserer Partei verhängt wurde, weil die Ebertregierung glaubte, ihren Befähigungsnachweis zum Regieren nur mit diesem Mittel erbringen zu können, um so ihre Herrschaft zu sichern und die revolutionäre Bewegung Deutschlands unter Führung der Kommunisten niederzuschlagen. Alle Staatsanwälte, alle Polizeispitzel, alle Noskegardisten wurden aufgeboten und wie Spürhunde hinter die Kommunisten gehetzt. Kommunisten waren vogelfrei, nirgends ihres Lebens sicher. Die Besten der Partei, Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht, Leo Jogiches und viele Tausende braver Kämpfer deckt der kühle Rasen. Sie wurden erschlagen von den Schergen der Ebertregierung, der Regierung, die mit Unterstützung und unter Führung von Sozialdemokraten

die Konterrevolution in Deutschland schuf und die mitschuldig ist an den 15 000 Proletarierleichen, die das Revolutionsschlachtfeld bedecken. Tausende von Genossen wurden in die Gefängnisse geworfen, Hunderte schmachten noch in den Gefängnissen, dem langsamen Verhungern preisgegeben. Kommunisten wurden im Lande umhergehetzt, von Haus und Weib vertrieben, die Zeitungen wurden verboten, unsere Druckereien zerschlagen. Kurz, man versuchte mit diesen Mitteln, die revolutionäre Bewegung in Deutschland totzumachen. Aber die revolutionäre Bewegung ist nicht erschlagen worden, sie wächst und gedeiht. Und ein klägliches Gebilde stellt die Regierung dar, die die deutsche Republik an der Spitze hat.

Genossen! „Die Rote Fahne“ allein wurde während 56 Wochen fünfmal auf 43 Wochen verboten. Die Zentrale der Partei mußte wiederholt ihren Sitz von Berlin verlegen, weil Hunderte von Spitzeln von der Regierung beschäftigt wurden, um der Mitglieder der Zentrale habhaft zu werden. Glücklicherweise gelang es ihnen nur bei einigen Mitgliedern der Zentrale. Es war also eine Zeit der ausgesprochenen Diktatur und des schlimmsten Terrors, die von der Bourgeoisie, unterstützt von Rechtssozialisten und geführt von dem Massenschlächter Noske, gegen ihre politischen Gegner, gegen die Kommunisten, ausgeübt wurde. Es ist also nichts als eitel Heuchelei, wenn die Bourgeoisie und ihre Helfershelfer in den Reihen der Rechtssozialisten gegen die Diktatur und den Terror wettern, der von den Bolschewisten in Rußland ausgeübt werden muß, um die Klassenfeinde des Proletariats niederzuringen. Wir Kommunisten klagen nicht über die Wunden, die uns geschlagen worden sind. Wir wissen, daß der Kampf um die Macht Opfer erfordert; wir wissen, daß unsere Klassengegner alle Macht und Gewaltmittel anwenden werden, um sich ihre Herrschaft zu sichern. Wir wissen, daß die schlimmsten Tage der Verfolgung noch keineswegs vorüber sind, sondern daß wir noch schlimme Tage zu erwarten haben. Und weil wir das wissen, deshalb wollen wir die Arbeiterschaft zu festen Kampforganisationen vereinen und zusammenschließen, um mit um so größerer Stoßkraft unsere Klassenfeinde niederzuringen. Je größer die Stoßkraft, je kürzer der Kampf, um so geringer werden die Opfer sein.

Diese Kampforganisation des revolutionären Proletariats ist die Kommunistische Partei Deutschlands. In ihr vereinigt sich die Vorhut des revolutionären Proletariats, das mit wachsender Kraft die Schanzen und das Bollwerk der Reaktion, der Bourgeoisie und des Kapitalismus berennt. Die deutsche Kommunistische Partei ist ein Glied der Kette, der Kommunistischen Internationale, die den Erdball umspannt. Sie gehört zu den Sturmbataillonen, die die Schanzen des Weltkapitalismus berennen und ihn zur Kapitulation zwingen werden. Diese große Kommunistische Partei zu schaffen, in der alle revolutionären Arbeiter Deutschlands zusammengefaßt sind, dafür hat der Spartakusbund von Anfang seines Bestehens an gearbeitet. Daran hat er sich trotz des Belagerungszustands und trotz des Terrorismus und trotz aller Verfolgungen nicht hindern lassen.

Genossinnen und Genossen! Jetzt stehen wir an einem großen Abschnitt dieser Arbeit. Die bisher in verschiedenen Parteien organisierten revolutionären Arbeitermassen, die in der USPD, in der KPD und in der KAPD ihre Mitgliedschaft hatten, haben begriffen, daß die politischen und wirtschaftlichen Zustände in Deutschland die Arbeiter zur Vereinigung zwingen. Diese Vereinigung geschieht nicht auf der Grundlage eines formellen Organisationsstatuts, sondern unter aktiven revolutionären Kampfparolen, den Grundsätzen und der Taktik der Kommunistischen Internationale. Wir vereinigen uns unter ihrem Schlachtruf: „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“

In ihrem Namen begrüßt den Parteitag der Vorsitzende des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale, der, wie ich schon anfangs sagte, nicht die Gelegenheit hatte, uns persönlich seine Grüße zu überbringen, sondern sich auf eine schriftliche Niederlegung beschränken mußte.

Genossinnen und Genossen! Wir erwidern diesen Gruß und geloben, alle Kraft anzuwenden, um die Erwartungen zu erfüllen, die die Kommunistische Internationale in uns setzt. Denn damit dienen und helfen wir nicht nur unserer Partei, nicht nur unseren russischen Genossen, nicht nur der Arbeiterklasse, sondern der gesamten Menschheit. Es gilt einer zusammenbrechenden Gesellschaft, die ihre Mitglieder nicht mehr ernähren kann, die wirtschaftlich zerfällt und sich nur mit brutaler Gewalt aufrecht-



Wilhelm Pieck als Soldat im Juli 1916